

Misstrauensantrag

der FPÖ-Gemeinderäte Dominik Nepp, Veronika Matiasek, Mag. Wolfgang Jung, Mag. Gerald Ebinger und Maximilian Krauss gegen den Herrn Bürgermeister, Dr. Michael Häupl, eingebracht im Rahmen der Gemeinderatssitzung am 23. November 2016 zu Post 20.

Die Verfehlungen der Stadtregierung haben ein schier unglaubliches Ausmaß angenommen. Die Folgen der Überheblichkeit und völlig an den Problemen vorbeigehenden Politik von SPÖ und Grünen manifestieren sich in Misswirtschaft, Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Schulden, Armut, illegaler Massenzuwanderung, dramatischer Kriminalitätsentwicklung, einem vor dem Kollaps stehenden Gesundheitssystem und viele weitere Entwicklungen, welche die Wienerinnen und Wiener ausbaden müssen.

Die Verantwortung dafür trägt Bürgermeister Dr. Michael Häupl, welcher offenbar komplett die Kontrolle über sein Regierungsteam verloren hat. Egal, ob Wehsely, Frauenberger oder Brauner, jede von ihnen hat ein Totalversagen in ihrem Ressort zu verantworten und dem Bürgermeister fehlt die Unterstützung in den eigenen Reihen, um entsprechende Konsequenzen ziehen zu können.

Die Willkommenspolitik verursacht alleine an direkten Kosten - also Grundversorgung und Mindestsicherung – für das Jahr 2016 traurige 350 Millionen mehr. Das sind zwei Drittel der aktuellen Neuverschuldung. Darin nicht enthalten sind Kosten für Bildung, Sicherheit, Gesundheit oder Gerichtskosten. Man kann also davon ausgehen, dass es ohne die leidige Willkommenskultur gar keine Neuverschuldung - heuer 500 Mio. Euro - bräuchte.

Das Versagen zeigt sich genauso im Gesundheitsbereich. Egal, ob es um das Milliardengrab KH Nord geht, wo keinerlei Kostentransparenz gewahrt wird oder beispielsweise um viele zu hohe Managergagen im Wiener KAV. Während für die wirklich wichtigen Dinge, wie etwa für die zeitgemäße Versorgung der Patienten keine Mittel zur Verfügung stehen und geplante moderne Geriatriezentren als Asylunterkünfte erhalten müssen, zahlt man den stadt eigenen Managern fürstliche Gagen, von denen man in der Privatwirtschaft nur träumen kann. Gleichzeitig verantwortet man das Kaputtsparen der Gesundheitsversorgung in Wien, wodurch Ärzte abwandern bzw. durch Streiks um ihre und der Patienten Rechte kämpfen. Leidtragende dieses Starrsinns der Wiener Stadtregierung sind am Ende die Patienten.

Die Arbeitslosigkeit in der Bundeshauptstadt ist mit 15 Prozent (inkl. Schulungsteilnehmer) auf einem Allzeit-Hoch. Durch die Streichung von

Förderungen zum Ankurbeln der Wirtschaft und den Anstieg der Gebühren wird Wien für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, immer unattraktiver.

Das Chaos im Wohnbau beweist, dass innerhalb der Wiener SPÖ die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut - und das auf Kosten der Wienerinnen und Wiener, die dringend leistbaren Wohnraum benötigen. Rund 14.700 Menschen, die auf eine Gemeindewohnung warten, werden von Bürgermeister Häupl vor den Kopf gestoßen, der vollmundig die Errichtung von 14.000 Wohnungen verspricht. 17 Standorte seien im Gespräch, auf denen 1.927 Wohnungen errichtet werden könnten, einzig der zuständige SPÖ-Wohnbaustadtrat Ludwig weiß weder von 14.000 Wohnungen und dementiert zusätzlich die angeblich angedachten Standorte. Die SPÖ hat es über Jahrzehnte verabsäumt, Wohnraum zu schaffen, wenigstens 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr, davon 5.000 Gemeindewohnungen, müssen errichtet werden, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Die Wohnbauförderung wurde gekürzt. Gemeinsam mit den explodierenden Gebühren (Wasser, Müll, Kanal, Strom und Gas) sind das die Preistreiber am Wiener Wohnungsmarkt. Ein Gutteil der Einsparung wird nicht bei den Führungskadern vorgenommen, sondern wie in weiten Teilen des Magistrates durch beinharten Personalabbau und Einsparungen bei den Bediensteten. Auch die Gehälter werden weit unter der tatsächlichen Inflationsrate angepasst. Belastungen werden valorisiert, Unterstützungsleistungen für die an oder unter der Armutsschwelle Befindlichen schrumpfen von Jahr zu Jahr.

Während die SPÖ seit Jahrzehnten ihre Leute in den rund 300 ausgegliederten bzw. privatisierten Unternehmen der Stadt Wien, Wien Holding/Wiener Stadtwerke-Holding GmbH, bestbezahlt versorgt, werden nun auch Sonderposten zur Versorgung abgehalteter Funktionäre der Grünen, wie Schulschwänz,- Fußgänger,- Radfahrbeauftragte und dergleichen geschaffen. Sogar Gemeinderäte bzw. bisherige Gemeinderäte der Grünen werden unter Billigung und Unterstützung des Bürgermeisters unter Aufwendung hunderttausender Euro versorgt.

Die Aussichten sind somit alles andere als rosig und dem amtsmüden Bürgermeister fehlt die Motivation, um für eine positive Wende zu sorgen.

Die Wienerinnen und Wiener dürfen nicht weiter unter den kindischen Machtspielchen im roten Parteiapparat leiden, sondern haben es sich verdient, dass vernünftige Politik für sie betrieben wird. Bürgermeister Häupl kann diesen Anspruch nicht mehr erfüllen.

Seine Handlungsunfähigkeit in der eigenen Partei führt zu einer kompletten Regierungsunfähigkeit in Wien. Um weiteren Schaden von Wien abzuwenden ist es dringend notwendig dem Bürgermeister das Vertrauen zu entziehen und somit Wien die Chance auf eine bessere Zukunft zu geben.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 40a der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Misstrauensantrag:

Der Wiener Gemeinderat möge durch ausdrückliche EntschlieÙung dem Bürgermeister, Dr. Michael Häupl, das Vertrauen versagen.

In formeller Hinsicht wird die namentliche Abstimmung gemäß § 28 Abs. 1a S 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien begehrt.

Wien, 23. November 2016